

DIE LINKE.

Ausgabe II/2011
für Rheydt

Kahlschlag löst keine Probleme

Das Gelände zwischen Friedrich-Ebert-Straße, Mühlenstraße, City-Parkhaus und Wilhelm-Strater-Straße ist schon seit Jahren ein Szene-Treff. Hier treffen sich die Menschen, für deren Probleme die Gesellschaft keine oder zu wenig Hilfeangebote hat.



Die Gruppen, die den „Tellmann“-Platz zu ihrem „Wohnzimmer“ gemacht haben, sind erst mal keine Kriminellen. Es handelt sich um Suchtkranke, oft süchtig nach Alkohol, aber nicht selten auch nach härteren Drogen. Und so ist der Platz kein Vorzeigebjekt, Müll stapelte sich und in so mancher Ecke roch es nach Urin. Immer wieder gab es deswegen Beschwerden.

Nun hat auf den Druck der AnwohnerInnen die Stadt reagiert und die Begrünung rund um den Platz radikal zurück geschritten. Scheinbar auch mit Erfolg, die Beschwerden der Anwohner sind zurückgegangen. Zwar treffen sich noch immer einige am „Tellmann“-Platz, aber ein großer Teil ist abgewandert Richtung Stadttheater.

Und genau das zeigt: Kahlschlag löst keine Probleme, es werden lediglich Probleme verschoben! Deswegen ist es wichtiger, an zwei ganz anderen Stellen anzusetzen: Der Prävention und der richtigen Hilfe.

Ab Seite 3 - Ab Januar 2012 fällt Pfändungsschutz weg!

Kinder und Jugendliche brauchen eine sinnvolle Freizeitgestaltung. DVDs und Videospiele sorgen zwar für einen Zeitvertreib, machen aber aus unserem Nachwuchs keine selbstbewussten Menschen, die stark genug sind, nein zu Drogen zu sagen. Derzeit lässt sich die fehlende präventive Arbeit am besten in Odenkirchen beobachten, seit fast 20 Jahren fordert die LiLO, später DIE LINKE, hier einen Abenteuerspielplatz. Nicht finanzierbar heißt es – aber die viel teureren Folgekosten müssen wir dennoch tragen. Doch auch die jetzigen Suchtkranken haben Hilfe verdient und keine Vertreibung.

Mit dem Cafe-Pflaster und den angegliederten Streetworkern gibt es einen guten Ansatz, der ausgebaut werden muss. Doch auch neue Wege müssen beschritten werden. Diamorphin-Abgabe kann ein Teil sein, um Heroinsüchtige aus der Kriminalisierung zu holen. Ein noch niederschwelligeres Angebot wäre ein Drogenkonsumraum. Wir müssen die Menschen da abholen, wo sie stehen. Erst danach können wir ihnen wieder den Weg in ein anderes Leben eröffnen. Solange wir nicht den Mut zu solchen Schritten haben, werden wir die Probleme nur verschieben – und so nur kurzzeitig aus den Augen bekommen.

Kommentar: Parkplatznot

Anfang 2010 berichteten wir über die Parksituation im Wohngebiet gegenüber der ARGE in Rheydt (Reitbahnstraße, Von-Galen-Straße, Pestalozzistraße). Zugeparkte Gehwege zwangen Menschen mit Kinderwagen oder Rollator auf die Straße auszuweichen.

In diesem Jahr hätten wir massenhaft Fotos von Falschparkern auf der Ladezone des Autohauses veröffentlichen können. Was erst mal nicht schlimm wirkt, führt dazu, dass mitten auf der Straße entladen wird. In der Folge staute sich der Verkehr.

Jetzt rumort es rund um die Bruckneralle, weil ein Beschluss für ein Anwohnerparken aus dem Jahr 2008 noch immer nicht umgesetzt wurde. In der Folge zahlen die BürgerInnen für einen Parkplatz nahe ihrer Wohnung einen Euro die Stunde.

Das ganze endete jetzt mit einer Klage gegen die Stadt und könnte gar alle SteuerzahlerInnen teuer zu stehen kommen.

Ja, das Parken in Rheydt ist ein Problem, wie in den ersten zwei genannten

Beispielen mit erheblichen Gefährdungen für die BürgerInnen. Oder wie im dritten Beispiel einfach nur ein teures Vergnügen. Nun ist mir aus ökologischen Gesichtspunkten jedes stehende Auto lieber als ein fahrendes.

Noch lieber ist mir ein abgeschafftes Auto. Nur so funktioniert unsere Welt nicht, wir müssen mobil sein. Deswegen ist auch die Auto freie Stadt eine Illusion – zumindest noch.

Und deswegen mache ich mir gerade Gedanken um Parkplätze. Sollten wir nicht einfach die freien Flächen zu betonieren?

Torben Schultz

Mitglied im
Freizeit-,
Sport- und
Bäderausschuss

Telefon:
02166 – 90 15 51

torben.schultz@die-linke-mg.de



Der Tellmann-Platz ist groß! Ein schöner, zentraler Parkplatz könnte da entstehen – und ein anderes Problem wäre gleich mit weggefegt: der Szene-Treff. Und an der Logenstraße ist auch noch was Grün. Vom Hugo-Junkers-Park können wir auch noch ein Stück abschneiden.



Aber sind das die Lösungen? Wollen wir in einer Stadt von Häusern und Parkplätzen wohnen? Und das alles nur, um unsere Mobilität mit dem Auto zu erhalten?

Vielleicht sollten wir weniger über Parkplätze nachdenken, sondern mehr über Rad- und Fußwege. Vielleicht sollten wir lieber in den öffentlichen Personen Nahverkehr investieren, als in betonierte Stellplätze.

Ja, das Parken in Rheydt ist ein Problem! Aber die Lösung sind nicht Parkplätze, sondern ein ökologischeres Verkehrskonzept.

Stau auf der FES und der Bus kommt nicht durch

+ + + + + Ab Januar 2012 fällt Pfändungsschutz weg! + + + +

Jetzt P-Konto eröffnen!

Das Jahr 2012 steht vor der Türe und mit ihm wieder eine ganze Reihe an Veränderungen, welche in der Regel für Hartz IV Empfänger nichts Gutes bedeuten. Eine davon betrifft den Wegfall des § 55 SGB I, den Pfändungsschutz. Denn wer von den kargen Leistungen nach dem SGB II, also Hartz IV, leben muss, kann aufgrund seiner finanziellen Situation schnell in die Lage kommen, sich stark verschulden zu müssen. Es muss nur was kaputt gehen – und kaputt geht in der Regel immer etwas. Das gilt natürlich ebenfalls für Sozialhilfe-Empfänger, ältere Menschen mit kleinen Renten, Niedriglöhner und alle anderen prekär Beschäftigten.

In diesem Falle, wenn dann eine Konfrontation mit dem Gerichtsvollzieher inklusive Pfändung anstand, hatte man immer noch, je nach Bank oder Sparkasse, zwischen 7 und 14 Tagen Zeit,

seine Überweisungen wie Miete, Telefon und Strom zu tätigen und das Geld für das alltägliche Überleben abzuheben.

Erst nach dieser Frist konnte die Pfändungsbehörde an das Konto. Dies ändert sich nun zum Stichtag 1. Januar 2012. Durch die Aufhebung des § 55 SGB I, kann jetzt **sofort** und ohne Frist auf das Konto des Betroffenen zugegriffen werden. Es spielt auch keine Rolle, ob es sich bei dem Geld auf dem Konto um Hartz IV, Sozialgeld oder Rente handelt. Was drauf ist, wird dann gnadenlos einkassiert.

WICHTIG!!!

Damit der Betroffene nicht ganz schutzlos ist und die Transferleistungen nicht so einfach gepfändet werden können, haben Banken und Sparkassen seit dem Juli 2010 nach Vorgaben des Gesetzgebers zum Schutz von Schuldner ein **Pfändungsschutz-Konto**, das sogenannte **P-Konto**, eingeführt.

Daher rät die Sozialberatung der Partei DIE LINKE. Mönchengladbach allen Betroffenen, sich **umgehend** bzw. noch **vor dem Jahreswechsel** mit ihren Banken und Sparkassen in Verbindung zu setzen und ihr Giro-Konto in ein **P-Konto** umwandeln zu lassen.

Das P-Konto ist kein neues Giro-Konto. Es wird lediglich die Form in P-Konto geändert. Kontonummer und Bankleitzahl bleiben erhalten. Auch auf Kontoauszügen oder Bankvermerken wird sich kein Hinweis finden lassen, dass es sich um ein P-Konto handelt. Die Tarife für das P-Konto sind handelsüblich und bewegen sich im jetzigen Bereich der Kontoführungsgebühren.

Übrigens:

Normalerweise müssen Banken und Sparkassen dem Kunden diese Veränderung mitteilen. DIE LINKE. MG empfiehlt aber, nicht erst zu warten, bis

Post ins Haus flattert, sondern sofort nach Kenntnis dieser neuen Regelung des Pfändungsschutzes über das P-Konto, selbiges zu beantragen.

Mit dem neuen P-Konto fällt auch die 7 bzw. 14 Tagefrist weg! Das bedeutet einen 4 Wochenschutz für das Guthaben auf diesem Konto bis zu einer Höhe von **1028,89 €**. Denn gleichzeitig wurde ebenfalls der pfändungsfreie Betrag ab dem **ersten Juli 2011** erhöht und liegt jetzt bei 1028,89 € (für 1 Person).

Die Banken und Sparkassen **müssen** seit dem 01.07.2010 auf Wunsch das Konto **umwandeln**, da Bank- und Sparkassenkunden darauf einen **Rechtsanspruch** haben (§ 850k VII ZPO). Daher nochmal zur Verdeutlichung:

Pfändungsschutz gibt es ab dem 01.01.2012 nur noch auf einem P-Konto!

Die komplette Pfändungstabelle kann man im Internet über die folgende Seite einzusehen:

<http://www.sozialleistungen.info/fin/schulden/pfaendungstabelle.html>

+ + + + JHQ – Gestern – Heute – Morgen + + + +

Nur wenige werden sich erinnern, wie es früher aussah in dem Bereich, welcher aktuell noch das JHQ beherbergt. Es war ein wunder-schönes Waldgebiet mit gesundem Baumbestand und intakter Flora und Fauna. Alle wissen, das 470 Hektar große Areal wurde nach dem Krieg von den alliierten Streitkräften über Nacht annektiert, um das Joint Headquarter für seine Soldaten und deren Familien darauf zu errichten, wie wir es seitdem bis heute kennen.

Es handelt sich hier um eine gut abgeschirmte eigene Stadt innerhalb des Stadtgebiets Mönchengladbach. Die meisten Menschen wissen gar nicht,

wie es dort drin aussieht und kennen es auch nicht anders, als dieses Gebiet zu umfahren bzw. zu umgehen. Es gehört halt nicht wirklich dazu. Nun werden die letzten Soldaten mit ihren Familien 2014 dort abziehen und es muss eine Lösung für dieses große Areal her.

Die BIMA als Eigentümerin des Gebietes würde der Stadt Mönchengladbach gerne den Bestand von etwa 2.000 Gebäuden verkaufen, um diese als Wohneinheiten weiter zu nutzen.

Jedoch ist ein entsprechender Wohnungsbedarf gar nicht vorhanden. Zudem sind die Gebäude, sofern

überhaupt noch nutzbar, in einem energetisch höchst defizitären Zustand, so dass ein hoher finanzieller Aufwand für die Sanierung und Modernisierung auf die Stadt zukommen würde.

Die Infrastruktur im Strom-, Wasser- und Telekommunikationsbereich auf dem Areal entspricht ebenfalls nicht den Bedingungen einer privaten Nachnutzung und auch hier würde es hoher Investitionen bedürfen.

Für DIE LINKE. Mönchengladbach ist eine solche Nachnutzung völlig abwegig. Wir fordern einen Rückbau des Geländes. Neben dem somit entstehenden Naherholungsgebiet, könnte dort ein Energiepark für erneuerbare Energien etabliert werden. Damit einher könnten entsprechende Forschungseinrichtungen gehen, die möglicherweise sogar von.

Land und Bund gefördert werden könnten Denn es gibt durchaus noch einen hohen Forschungsbedarf im Bereich Öko-Energie, da ist das Potential längst noch nicht ausgereizt. Für so eine Nutzung bietet sich aus unserer Sicht das Gelände aufgrund seiner Abgeschiedenheit geradezu an, denn wen soll beispielsweise der Windschatten eines Windrades dort stören?

Martin Selt

Bezirksvertreter
Stadtbezirk West

Mitglied im Planungs-
und Bauausschuss

0171/44 58 309
martin-selt@t-online.de



Rettung der Menschen oder Rettung der Banken?

Überall wird seit Wochen und Monaten gemeldet, dass die Schulden der Griechen mit unseren Steuergeldern bezahlt werden. Wer nun glaubt, dass diese Gelder bei den Griechen landen, der irrt.

Der überwiegende Anteil der nächsten „Rettungs“-Tranche für Griechenland geht an die europäischen Banken und die Europäische Zentralbank – EZB. Das sind Zinszahlungen, die die Griechen den Banken schulden. Nur 19% verbleiben für ihren nationalen Haushalt.

Somit handelt es sich nicht um eine Rettung der griechischen Bevölkerung, sondern der europäischen Banken, die die griechische Regierung, trotz bekannter Probleme, immer weiter mit Krediten versorgt haben.

Nun sollen über ehemalige EZB Bedienstete in Griechenland und auch in

Italien drastische Sparkurse durchgesetzt werden Wohl gemerkt, diese Herren sind nicht von der Bevölkerung gewählt worden. Bei den Plänen, die nun umgesetzt werden, fehlt eine Finanzquelle.

Nämlich die Heranziehung von Banken und Unternehmern, die an der Krise verdient haben. Mönchengladbach ist auch hoch verschuldet - 1,3 Milliarden EUR. Zurzeit muss die Stadt pro Jahr 10 Millionen EUR dafür an Zinsen zahlen. Aufgrund des niedrigen Zinssatzes muss man sagen - nur. Sobald die Zinsen steigen, werden es 30 oder 40 Millionen EUR sein, wie schon vor einigen Jahren. Genauso wie Griechenland wird auch Mönchengladbach seine Schulden nicht allein bezahlen können. Das liegt nicht daran, dass die Mönchengladbacher auf zu großem Fuß leben.

Das liegt daran, dass Mönchengladbach Aufgaben erfüllen muss, ohne dafür das notwendige Geld vom Land oder vom Bund zu bekommen. Und dann ist die Stadt gezwungen, Kredite bei Banken aufzunehmen, die Mönchengladbach allein gar nicht zurückzahlen kann. Was wir brauchen ist eine grundsätzliche Änderung der Politik, im europäischen Maßstab und auch bei uns. Öffentliche Haushalte müssen von der Abhängigkeit der Kapitalmärkte befreit werden.

Europaweit müssen die angeschlagenen Staaten die Möglichkeit bekommen, über eine öffentliche Bank zinsgünstige Kredite zu bekommen.

Helmut Schaper

Ratsherr

Mitglied im
Haupt-, Finanz- und
Rechnungsausschuss

02166 – 18 68 32
helmut.schaper@
die-linke-mg.de



Demnächst auch vor ihrer Haustür: Castortransport

Wieder einmal wurde ein Castortransport mit massivem Polizei-aufgebot quer durch Europa geboxt. Und wieder einmal hat die Atomlobby ganz brav die Kosten für ein Begleitfahrzeug übernommen, die eigentliche Zeche zahlen aber wieder die BürgerInnen – und das doppelt:

Zum einen mit ihren Steuergeldern, zum anderen mit dem Risiko dieses unnötigen Transports.

Es gibt derzeit kein Endlager, sondern nur die Erkenntnis, dass der Salzstock in Gorleben gänzlich ungeeignet ist. Und wer den Untersuchungen nicht traut, schaut sich eben ganz praktisch die Asse an: Abgesoffen!

Dabei muss die EZB mitwirken.

Gleichzeitig muss der Schuldenstand in den Ländern durch eine Beteiligung der Banken und privaten Gläubiger sowie durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre drastisch gesenkt werden. Was griechische Unternehmer an Kapital ins Ausland geschaffen haben, übersteigt bei weitem die gesamten griechischen Schulden.

Und Mönchengladbach braucht auch eine Entlastung in ähnlicher Form. Bund und Land müssen für die Aufgaben, die sie der Stadt aufgebürdet haben, bezahlen. Und gleichzeitig muss bei Bund und Land ein Fonds zur Entschuldung der Kommunen gebildet werden. Auch bei uns kann eine Vermögensabgabe Segen bringen - für die Bevölkerung, nicht für die Banken.

Deshalb stimmt es mich optimistisch, dass immer mehr Menschen die Verursacher der gegenwärtigen Krise erkennen und sich in der „Occupy“ Bewegung mit Aktionstagen gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Banken engagieren.

Nun sind die Zwischenlager – egal ob Gorleben oder Ahaus – aber nur einfache Hallen, wie es sie auch an den Atomkraftwerken selber gibt. Also macht es aus Sicherheitsaspekten keinen Sinn, den gefährlichen Atommüll von A nach B zu fahren. Im Gegenteil, jeder Transport stellt ein zusätzliches Risiko dar.

Deswegen wird sich DIE LINKE weiterhin gemeinsam mit den Bürgerbewegungen gegen die Castortransporte stellen.

Und zwar solange, bis das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet ist.

Jedes Jahr wird weiterhin radioaktiver Müll produziert, für den wir kein Endlager haben.

Die Bedrohung rückt näher

Ab 2012 werden auch in direkter Umgebung von Mönchengladbach Castortransporte Rollen, und zwar vom Forschungsreaktor Jülich nach Ahaus. Auch hier der gleiche Irrsinn wie im Wendland: Der Atommüll kann genauso sicher bzw. genauso unsicher, in Jülich verbleiben, bis es ein Endlager gibt.



Torben Schultz für den Strahlenzug unterwegs

Deswegen hat die Linksfraktion im Rat der Stadt schon im Dezember 2009 entsprechende Anfragen gestellt und weitere folgten. Auch wenn die Transportstrecke noch nicht feststeht und auch bis zum Transport selber geheim gehalten wird, fest steht:

Der Transport wird die Region Mönchengladbach streifen, möglicherweise sogar über das Autobahnkreuz Wanlo rollen. Leider haben weder die Verwaltung, noch die anderen Parteien, die Bedrohung vor der eigenen Haustür ernst genommen. Umso wichtiger ist es, den Druck auf der Straße zu erhöhen, in Mönchengladbach arbeitet daran seit weit über einem Jahr das überparteiliche Bündnis Strahlenzug.

Wenn Sie Interesse haben, sich in der Anti AKW Bewegung zu engagieren, dann finden Sie hier Kontakt zu den Aktiven vor Ort:

www.strahlenzug.de
demo@strahlenzug.de
 02166/6736576

Unsere Antwort auf das „Unsozialticket“ – Ich nehm dich mit!

Wie die Rheinische Post im November berichtete, leben in Mönchengladbach die meisten Menschen mit Verschuldung (14,7%) in der Region Niederrhein. An die 36.000 Menschen beziehen in Mönchengladbach Leistungen nach dem SGB II. Für diese Menschen im Hartz IV Bezug, aber auch für Menschen mit niedrigen Renten, prekären Löhnen, welche kaum zum Leben reichen, oder die auf Unterstützung als AsylbewerberInnen angewiesen sind, wollte die Landesregierung und mit ihr die Stadt Mönchengladbach, ein Sozialticket auflegen.

Was gut gemeint war, geriet allerdings in der Umsetzung zur Farce für die Anspruchsberechtigten. Denn seit dem

01.11.2011 bietet die Stadt ein Ticket auf Basis des Tickets 1000 zum Preis von 29,90 € an. Nicht nur, dass dieser Preis weit entfernt von den ersten Preis-Vorschlägen durch Grüne und CDU im NVV-Beirat liegt (15 – 22 €), er ist auch in der Höhe von knapp 30 € bei einer im Regelsatz verankerten Summe für Mobilität von 18,41 € schlicht nicht zu bezahlen. DIE LINKE. Mönchengladbach betont ausdrücklich, dass Armut nicht nur ein Ausdruck von sozialer Ungleichheit ist, sie lehnt auch dieses „Unsozialticket“ ab und kämpft weiter für ein wirkliches Sozialticket für 15 €. Daher unterstützt DIE LINKE. auch die von der „Initiative Sozialticket“ gestartete Kampagne „Ich nehm dich mit!“.



Mit dieser Aktion möchte die Initiative die InhaberInnen eines „Ticket2000“, „Ticket1000“, Semester-, Firmen- oder Barentickets bitten, an Werktagen nach 19 Uhr, am Wochenende und an Feiertagen ganztätig die Möglichkeit zu nutzen, eine oder mehrere Personen kostenlos mitzunehmen. Um zu signalisieren „Ich nehm dich mit“, verteilt DIE LINKE. in ihrer Geschäftsstelle auf der Hauptstraße 2 in 41236 Mönchengladbach (Di. – Fr. von 10-12 Uhr und 16-18 Uhr) „Aktion Freifahrt“-Buttons, um Leute, die sich an der Aktion beteiligen möchten, als AnsprechpartnerInnen sichtbar zu machen. DIE LINKE. Mönchengladbach betont noch mal ausdrücklich, das die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu nutzen, Voraussetzung ist, um am kulturellen Leben teilnehmen zu können und um soziale Kontakte aufrecht zu erhalten. Mobilität ist darüber hinaus auch wichtig für die Arbeitsplatzsuche oder um preisgünstig einkaufen zu können.

„Wir würden uns sehr freuen, wenn viele Menschen mit einem Ticket sich an dieser Aktion beteiligen würden.“

Der rote Button signalisiert ja nicht nur, dass man eine weitere Person mitnehmen kann, er bedeutet für uns auch, dass jeder Mensch das Recht auf Mobilität hat und dass man sich solidarisch zeigt“, freuen sich Torben Schultz, Mitglied im Freizeit-, Sport- und Bäderausschuss und Mario Bocks, Bezirksvertreter in Mönchengladbach-Nord, die beide mit weiteren Mitgliedern des Kreisverbandes Mönchengladbach die viel beachtete Sternfahrt-Aktion zum „Ich nehm dich mit“ Auftakt am Samstag, den 05.11.11, in Duisburg unterstützten. Die „Aktuelle Stunde“ und die Lokalzeiten in Düsseldorf und Duisburg berichteten im WDR-Fernsehen ebenso wie die Rheinische Post-Duisburg.

„Bei unserem kostenlosen Frühstückstreff ist auch eine juristische Beratung möglich.“

Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG/Tomas Hochhardt
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43
Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de
Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.